

Dicke Luft am Sensenstein

Geplanter Windpark sorgt für Ärger – Mindestwerte des Landes werden unterschritten

VON HOLGER SCHINDLER

NIESTE / NIESTETAL. Der nordhessische Landtagsabgeordnete Timon Gremmels (SPD) hat den hessischen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) aufgefordert, Pläne für einen Windpark am Sensenstein im Altkreis Kassel zu stoppen.

In einem Brief von vergangener Woche bittet Gremmels den Minister, auf die Hessische Landgesellschaft (HLG) einzuwirken, das Projekt zu überden-

ken. Die Flächen sind als Domänenflächen im Besitz des Landes, Wirtschafts-Staatssekretär Mathias Samson ist Vorsitzender des HLG-Aufsichtsrats. Ministeriumssprecher Wolfgang Harms bestätigte gestern den Eingang des Schreibens, es werde nun geprüft.

Der Windpark stößt bei Nachbarkommunen und dem Landkreis auf Kritik, die Gemeinde Nieste fürchtet um Auswirkungen auf den Tourismus. Kern des Streits um den

Windpark-Standort sind die prognostizierten Windgeschwindigkeiten. Die Landesregierung fordert seit dem Jahr 2012 für alle Windkraftstandorte in Hessen eine durchschnittliche Windstärke von 5,75 Meter/Sekunde in 140 Meter Höhe über dem Boden. Dieser Wert wird am Sensenstein jedoch nicht erreicht. Zu diesem Schluss kam jedenfalls der TÜV Süd, weshalb der Standort im Entwurf des Teilregionalplans Energie, der zurzeit überarbeitet wird, nicht enthalten ist. Doch nach Informationen der HNA sollen die Flächen am Sensenstein in der neuesten Version des Regionalplans als Windvorrangflächen ausgewiesen werden. Das Regierungspräsidium (RP) Kassel als Genehmigungsbehörde wollte sich gestern nicht dazu äußern. Die HLG war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Offenlage ab Februar

Ende September werde der Haupt- und Planungsausschuss über die Windvorrangflächen im neuen Regionalplan beschließen, sagte der stellvertretende RP-Sprecher Jörg Wiegel der HNA. Man bereite gerade die zweite Offenlage des Regionalplans Energie vor. Vermutlich im Februar 2015 werde die Offenlage beginnen, dann könnten sich auch die Bürger dazu äußern.

Die HLG will die Flächen am Sensenstein an einen privaten Investor verpachten, der dort acht bis zu 200 Meter hohe



Windräder auch am Sensenstein? Die landeseigene Hessische Landgesellschaft hält trotz schlechter Windprognosen an dem Projekt fest. Unser Bild zeigt einen 200 Meter hohen Rotor der Städtischen Werke in der Söhre.

Foto: Schindler

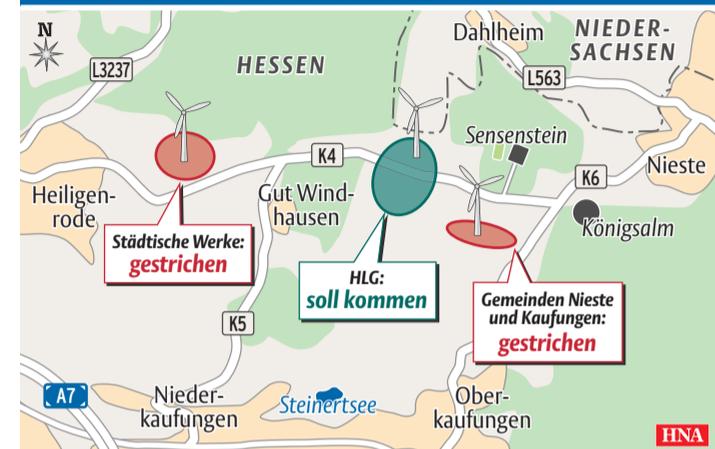
Windräder errichten möchte. Der Investor hat ein eigenes Windgutachten erstellen lassen. Es wurde vom Fraunhofer Institut Iwes geprüft und erfüllt damit nach Ansicht des Landes die Vorgaben des Regierungspräsidiums Kassel.

Die Städtischen Werke hatten ganz in der Nähe ebenfalls einen Windpark geplant. Nach Auswertung der Daten, die über zwölf Monate mit einem 100

Meter hohen Windmessmast bei Windhausen erhoben wurden, verabschiedeten sich die Werke jedoch wegen zu geringer Windgeschwindigkeiten von dem Projekt. Auch die Gemeinden Nieste und Kaufungen machten bei einem eigenen Windprojekt am Sensenstein einen Rückzieher.

**ARTIKEL LINKS UNTEN
KOMMENTAR**

WINDKRAFT AM SENSENSTEIN



Kommentar

Das schafft keine Akzeptanz

Auf diese Weise kann man der Energiewende auch den Garaus machen: Da hat die Landesregierung vor zwei Jahren Mindestwindwerte für alle Windkraftstandorte im Land Hessen beschlossen – um sich jetzt selbst nicht daran zu halten. So will die Tochtergesellschaft HLG am Sensenstein auf landeseigenen Domänenflächen über einen privaten Investor einen Windpark errichten lassen, auch wenn die vorgeschriebenen 5,75 Meter pro Sekunde bei der durchschnittlichen Windgeschwindigkeit nicht erreicht werden.

Da drängt sich der Verdacht auf, dass wegen erhoffter Pachteinnahmen fürs Land die strengen Vorgaben im eigenen Haus etwas laxer gehandhabt werden. Dabei müsste das Land – ganz im Gegenteil – gerade mit gutem Beispiel vorangehen.



Holger Schindler über den geplanten Windpark Sensenstein

So schafft man jedenfalls keine Akzeptanz in der Region für 200 Meter hohe Rotoren, die wegen Verschandelung der Landschaft und Belastungen für Mensch und Natur eh schon in der Kritik sind.

Auch in puncto Wertschöpfung sieht es mau aus. Denn bei einem Investor von außerhalb bleibt in der Region finanziell nicht allzuviel hängen. Und auch die Bürger vor Ort, die sich über Energiegenossenschaften an dem Projekt werden beteiligen können, haben nichts von einem Standort, der wirtschaftlich nichts hergibt. hol@hna.de

Gemeinden wollen Teil von der Pacht

Windkraft: Vorbild ist Rheinland-Pfalz

VON PETER KETTERITZSCH

Für die Anrainerkommunen der Windräder in der Söhre und auf dem Sandershäuser Berg bei Niestetal ist mit den Anlagen erst mal kein Geschäft zu machen. Bis die Betreiber Städtische Werke Kassel Gewerbesteuer zahlen, können wegen der laufenden Abschreibungen noch Jahre vergehen. Immerhin schreibt das Gesetz vor, dass dann 70 Prozent der Gewerbesteuer an die betroffenen Kommunen und 30 Prozent an den Firmensitz gehen. Bei den Pachteinnahmen für die Windkraftflächen gehen die Kommunen dagegen leer aus. Hier profitiert im Fall des Windparks Söhrewald/Niestetal allein das Land Hessen.

Bei den Kommunen sorgt das für Unmut, nach dem Motto: Wir haben die Anlagen vor der Nase, erhalten für die Beinträchtigung aber keinen Ausgleich. Bei der Besichtigung der Windkraftanlagen sah sich Hessens Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) am Freitag denn auch mit

einer Forderung aus dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün konfrontiert. Hessen-Forst soll einen Teil des Pachtzinses an die Kommunen abgeben, verlangte Söhrewalds Bürgermeister Michael Steisel (SPD).

Vorbild könnte dabei Rheinland-Pfalz sein. Dort treten die Landesforsten bis zu 30 Prozent der Pachteinnahmen an die Anrainerkommunen ab – bei heute durchaus üblichen 50 000 Euro und mehr Jahrespacht pro Anlage kommen da erkleckliche Summen zusammen. „Es wäre denkbar, sich mit diesem Geld an den Windkraftanlagen zu beteiligen“, schlägt Steisel vor.

Sein Niestetaler Amtskollege Andreas Siebert (SPD) stößt in das gleiche Horn. „Das Land würde damit das Signal senden: Wir machen die Energiewende gemeinsam.“

Ministeriumssprecher Wolfgang Harms erklärte, zurzeit liefen zu der Pacht-Problematik Gespräche zwischen dem Wirtschafts- und Umweltministerium. Diese seien auf „gutem Weg“.